

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verleger: Carl Neubauer  
Verkaufsstelle: Dresdner Nachrichten  
Postfach 20011

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Lieferung oder durch die Post bei täglich zweimaliger Lieferung monatlich 14,- M., vierteljährlich 42,- M., halbjährlich 78,- M., jährlich 140,- M. Bei Familienangehörigen, Angehörigen unter 14 Jahren u. Wohnungsgenossen, 1 tägliche Ein- u. Verhütung 25,- M. Bezugspreis bei Vorbestellung 10,- M. Druck- u. Anzeigen-Gebühr 10,- M. Einzelhefte 1,- M. Einzelhefte 1,- M.

Schriftleitung und Anzeigenverwaltung  
Bismarckstraße 38/40.  
Druck u. Verlag von Neudruck & Verlagshaus in Dresden.  
Postfach-Nummer 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachrichten“) zulässig. — Unentgeltliche Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

## August Förster Flügel, Pianos

Löbau (Sa.)

Verkaufslokal: Dresden-A., Waisenhausstraße 8, Central-Theater-Passage.

### Amerikas Teilnahme in Genua?

#### Vorbehalte für eine aktive Beteiligung.

Das Programm der ersten Tage in Genua. Paris, 8. März. In einer amtlichen amerikanischen Mitteilung, daß die Antwort der Vereinigten Staaten auf die Einladung nach Genua in den nächsten Tagen in Rom überreicht werde, erklärt „Petit Parisien“ aus Washington: Man nehme dort an, daß Amerika nach Genua nicht bloß in der Eigenschaft eines künftigen Beobachters gehen werde, sondern daß die Vereinigten Staaten auf der Konferenz von Genua auch unter Vorbehalt eine aktive Rolle spielen werden. Im Weißen Hause erwäge man einen Vorschlag, den Ausschluß für die Konsolidierung der Ententeschulden in Amerika nach Genua zu entscheiden.

Nach den Morgenblättern wird die Genueser Konferenz Montag den 10. April vormittags im piemontesischen Königspalast in Genua eröffnet. Bis Mittwoch werden drei öffentliche Sitzungen abgehalten, in denen das allgemeine Programm der Konferenz entwickelt werden soll. Die Kartage und die Unterkunft werden dann zur Kommissionierung der Sachverständigen und für die Besprechungen im kleinen Kreis der Delegationsführer benützt werden. Es sei möglich, daß zwischen Dorn und Anfang Mai mehrere Wochen länger Kommissionsarbeit folgen, da sowohl Poincaré wie auch Lloyd George in dieser Zeit nach Hause zurückkehren müßten. Vollhaltungen würden dann erst nach dem 4. Mai folgen und in diesen werde es zu entscheidenden Beschlüssen kommen. Allein aus Deutschland sollen 200 Journalisten zur Konferenz angemeldet sein.

#### Die Vorkonferenzen der Entente.

Beginn der Besprechungen über die Reparationsverteilungen (Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“). Paris, 8. März. Die Finanzminister der Alliierten kommen heute in Paris zusammen, um die in Cannes abgebrochenen Verhandlungen über Verteilung der deutschen Entschädigungen, Wiederholender Vertrag, Finanzabkommen vom 18. August 1921 und die Frage der Belastungskosten zu regeln. Eine zweite Konferenz beginnt in Paris am 18. März zwischen den alliierten Sachverständigen, welche das technische Programm der Genueser Konferenz in allen Einzelheiten festlegen sollen. Gleichzeitig soll in London am 22. März eine dritte Konferenz stattfinden.

finden, an der die Außenminister von England, Frankreich und Italien teilnehmen, um die Orientfragen zu besprechen. Dieser letzten Konferenz soll eine Zusammenkunft zwischen Poincaré und dem neuen italienischen Ministerpräsidenten de Facta vorangehen, während de Facta nachher auch mit Lloyd George eine Unterredung haben wird.

Zur Konferenz der Finanzminister wird von französischer Seite beantragt, die Zahlungen Deutschlands für 1921 und 1922 getrennt zu behandeln. Dieser Antrag steht im Widerspruch mit der englischen Forderung, die Zahlungen der beiden Jahre gemeinsam zu errechnen. Dem „Temps“ zufolge hat man sich in der letzten Zeit darüber geeinigt, England von der ersten deutschen Goldmilliarde 500 Millionen zu überweisen, Frankreich 140 Millionen, Italien 80 Millionen und den Rest Belgien. Ferner wünscht Frankreich, daß die Saargruben nicht als laufende Zahlung für 1921 oder 1922 verbucht werden, da sonst Frankreich von der deutschen Goldmilliarde überhaupt nichts bekommen dürfte. Schwierigkeiten werden wahrscheinlich über die Frage der Besatzungskosten entstehen. Die Franzosen fordern Befreiung der Besatzungskosten entsprechend der Stärke der einzelnen Besatzungsstruppen, während die Engländer Pauschalsummen für die einzelnen an der Besetzung teilnehmenden Mächte wünschen.

#### Der Egoismus des „Temps“.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“). Paris, 8. März. In einem Artikel beschäftigt sich der „Temps“ mit der deutschen Zahlungsfähigkeit, die wieder einmal bedroht erscheine. Es liege nur daran, daß verschiedene Leute in Deutschland sich den Pflichten für die Wiedergutmachung entziehen wollten. Auch die Verbündeten seien an der deutschen Zahlungsunfähigkeit schuldig, weil sie verüßten, das Symptom und nicht die Krankheit selbst zu heilen. Das Symptom sei der Niedergang der Mark; das wahre Leiden aber bestesse darin, daß Deutschland nicht zahlen wolle, oder nicht zahlen könne. Es müßte in die Lage verwickelt werden, zu zahlen. Dazu müßte eine internationale Anleihe angestrebt werden. Es sei höchste Zeit, eine neue Methode anzuwenden. Eine Politik der Solidarität und des Gegenseitigens allein kann die Interessen jedes einzelnen schützen, während der Egoismus alles ruinieren werde.

Wenn der „Temps“ die Meinung dieses letzten Satzes an die Franzosen richtet, können wir ihm diesmal aufrichtig zustimmen. Der Egoismus wird alles ruinieren.

### Deutsche Großmacht.

Von Ministerpräsident a. D. Stegerwald, M. d. R. Ueber den unendlichen Wirren der Gegenwart, über den zahllosen Qualen und Plagen des Augenblicks vergißt man nur allzu leicht, den Blick auf die großen Ziele der Politik zu richten, vergißt man auch, an die Tage der Vergangenheit zu denken. So haben wir uns alle teilweise schon so sehr an unsere augenblickliche, unwürdige Stellung innerhalb des Systems der Großmächte gewöhnt, daß mancher von uns den Druck der Lage nicht mehr zu empfindet, wie er empfunden werden sollte.

Es kann daher nicht genug betont werden, daß Deutschland ehemals in jeder Hinsicht eine Großmacht war: Militärisch und maritim stand es der Welt voran, in die Weltwirtschaft war es als eines der wichtigsten Glieder eingeschaltet, politisch von adununggebierendem Einfluß. Heute sind Macht und Glanz geschwunden. Militärisch und maritim ist es ohne nennenswerte Bedeutung, wirtschaftlich das Arbeitermervolk, teilweise sogar das Arbeitslosenmervolk der Welt, politisch mit den kleinsten kulturellen Reichtümern auf eine Stufe gestellt.

So sehr wir auch gefunten und so groß die Schwierigkeiten des Wiederaufstieges sind, wir müssen wieder zur Großmacht empor. Das soll nicht heißen, daß wir eine Großmacht im üblichen Sinne des Wortes werden müssen: Ein starker Staat, dem Macht vor Recht geht, der die schwächeren Staaten verächtlich, und der, wie der Dicht im Rappentelch, der Störenfried der Welt ist. Das sei fern von uns! In- dessen, wir müssen Großmacht werden in dem Sinne, daß wir wieder fähig werden, mit eigener Kraft für unser ehernes Recht auf Leben und Selbstständigkeit einzutreten. Wir müssen soweit kommen, daß man uns nicht mehr als das Has anseht, das am Wege liegt und an dem jedes Raubtier ungestraft seine Wut stillen kann. Und nicht nur das; wir müssen wieder zu einem aktiven und den anderen Mächten gleichgeordneten Faktor der europäischen Politik und damit der Weltpolitik werden. Die die Dinge einmal liegen, kann das nicht durch einen neuen Pfaffenstanz geschehen; dazu fehlen uns Menschen, Geld, und dazu ist die Schär der Gegner zu übermächtig. Aber ein Doppeltes ist möglich.

1. Wir müssen unser Reich innerlich festigen, indem wir uns zur deutschen Volksgemeinschaft durchdringen. Das ist die erste und wesentlichste Voraussetzung des Wiederaufstieges. Der Mensch, der im Kampfe um das Dasein etwas festhalten will, muß seinen Körper gesund und seine Seele frisch erhalten; sonst wird er zermalmt. Genau so ist es im politischen Leben. Wenn das deutsche Volk seinen Mann weltpolitisch stellen will, muß es erst innerlich geunten, d. h. es muß der Selbstherrlichkeit ein Ende machen und alle positiv gerichteten Kräfte aller Stände, Konfessionen und Parteien zu gemeinsamem, ernstem Streben vereinen. Ein innerlich zertrümmertes Deutschland wird immer schwach sein. Ein Deutschland, das „brüderlich zusammenhält“, trägt die Keime neuer Blüte in sich.

2. Unsere auswärtige Politik muß wieder aktiver werden. Allerdings nicht im Sinne störrischer Selbstherrlichkeit oder marktschreierischer Nationalität. Was an- gebührt werden muß, ist, daß wir energetisch und nachdrücklich unsern Rechtsanspruch vor aller Welt in würdiger Weise vertreten und die diplomatischen Konstellationen in jeder, selbstbewusster Kleinarbeit für uns ausnützen.

Ich glaube daran, daß wir wieder hochkommen werden. Aber darüber müssen wir uns klar sein, daß es zum guten Teil von uns abhängen wird, wie die Entwicklung verläuft. Wir müssen uns und unsern Kindern den unebenen Willen aneignen, in der Welt etwas zu bedeuten und ein leidberechtigteter Faktor in der Reihe der Großmächte zu werden, und diesem Willen müssen wir alles andere unterordnen.

### Bereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände.

Am 7. März. Die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände trat am Dienstag im großen Saale der Köhler Bürgergesellschaft zu ihrer diesjährigen Tagung zusammen. Mehr als tausend Vertreter aus allen Teilen des Reiches hatten sich eingefunden, auch zahlreiche Reichstags- und Landtagsabgeordnete. Nachmittags begann die Tagung mit einer geschlossenen Mitgliederversammlung, die der Vorsitzende Reichstagsabgeordnete Dr. Sorge leitete. Zunächst er- richtete der Geschäftsführer Dr. Fanzler den

Geschäftsbericht, in dem ein weiterer Zuwachs der Vereinigung im ver- gangenen Jahre festgestellt werden konnte. Die Vereinigung umfaßt zurzeit gegen 2000 Verbände. Der Redner ver- breitere sich über die sozialpolitischen Ziele der Arbeitgeber- schaft und behauptete, daß breite Volksschichten immer tiefer in den Materialismus versinken. Die sozialen Bewegungen der letzten Zeit hätten nur die Klassengegnenheit vertieft und das Gemeinwohlleben mechanisiert, während im Interesse der Selbsthaltung gerade heute der Gedanke der organischen Zusammengehörigkeit liege. Der Redner hoffte, wenn alle deutschen Führer auf die deutsche Volksgemein- schaft hinwirken, dann würden auch die Arbeiter zu der Erkenntnis kommen, daß es in ihrem Interesse liege, diesen Führern zu folgen und nicht hohlen Schlagworten und Parteidoctrinen.

Nach diesem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vor- trag berichtete Direktor Poincaré - Düsseldorf über

### Der Stand der Steuer Verhandlungen.

Berlin, 8. März. Die Steuer Verhandlungen sind soweit geblieben, daß sie man annimmt, die beiden Steuerentschüsse bereits am Sonnabend zusammenzutreten können, um die Schlussberatung vorzunehmen. Auch das Kompromiß über die Zwangsanleihe hätte dann bis dahin fertig zu sein, weil ohne die Zwangsanleihe das Mantelgesetz nicht angenommen werden darf. Man rechnet damit, daß am Montag oder Dienstag mit der zweiten Lesung der Steuerentwürfe im Plenum begonnen werden wird. Der Kleinsten-Rat hat sich dahin geeinigt, daß der Steuerentschuss „aus augen- scheinlichen Gründen“ bis spätestens am Donnerstag mit den Steuerentwürfen fertig sein müsse. Die völksparteiliche Fraktion will die Zwangsanleihe nur für Re- parationszwecke verwenden sehen. In Dessau gab Dr. Stresemann in einer Versammlung der Deutschen Volkspartei der Hoffnung Ausdruck, daß das Steuerkom- promiß zustande kommen werde. Es verläutet, daß die Er- nennung Dr. Hermes zum Reichsfinanzminister un- mittelbar bevorstehe. Nach dem demokratischen Zeitungsdienst gilt das Steuerkompromiß als gesichert. Die Deutsche Volkspartei wird die geforderten persönlichen Garantien zurückstellen, dafür aber sachliche verlangen, die sich auf die Verkehrsverhältnisse beziehen.

#### Einschließlich der Verhandlungen über die Zwangsanleihe

wird mitgeteilt, daß zurzeit ein lebhafter Meinungs- austausch über den Zinsfuß und den Ausgabezeitpunkt, die Amortisation, sowie die Bombardierbarkeit der Anleihe stattfindet. Es wird angenommen, daß die Anleihe zum Kurse von 100 Prozent begeben wird. Der nach der dreijährigen Unversindlichkeit zu gewährenden Zinsfuß dürfte kaum 4 Prozent übersteigen. Es ist aber möglich, daß er sich noch darunter hält. Die Amortisation könnte höchstens auf ein halbes Prozent im Jahre festgelegt werden, doch ist auch davon die Rede, daß das Reich einfach laufend Stücke an der Börse allmählich zurückkauft, da der Börsenkurs bei diesem Papier weit unter Pari liegen dürfte. Die Be- leihbarkeit der Zwangsanleihe dürfte wohl gesetzlich fixiert werden. Ein Teil der Betreuer dürfte sich, um Ver- triebskapital zu erhalten, mit dem Gedanken vertraut machen, die Anleihestücke beileihen zu lassen.

#### Freie Anleihe neben Zwangsanleihe.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“). Berlin, 7. März. Wie wir aus dem Finanzministerium zuverlässig erfahren, haben dort gestern zwischen dem Finanzminister Dr. Hermes und den Reichsleitern Ver- handlungen stattgefunden, die sich mit der Frage beschäftigten, ob es angängig sei, neben der Zwangsanleihe auch die freie Anleihe auszugeben. Man vertrat die Auf-

fassung, daß der Plan der freien Anleihe nicht fallen gelassen werden solle, da alle Voraussetzungen vorhanden wären, die für eine freie Anleihe Erfolg versprochen. Der Finanz- minister wird in nächster Zeit noch mit kompetenten Persön- lichen aus Industrie, Handel und Bankwelt wegen der freien Anleihe in Verbindung treten.

### Die Unzulänglichkeit der neuen Steuerlasten.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“). Berlin, 8. März. In einer Besprechung der Vertreter des Reichsverbandes der Industriellen, der Landwirtschaft, des Großhandels und des Handwerks im Reichsfinanz- ministerium wurde den Vertretern der deutschen Wirtschaft vom Staatssekretär Zapp mitgeteilt, daß die noch aus- stehenden Steuerentwürfe schon Anfang April dem Reichstags gehen sollen. Es sei notwendig, daß außer den bisher dem Reichstag vorliegenden Steuerentwürfen noch für min- destens 15 Milliarden Steuerentwürfe Sorge getragen werde, um dem Verlangen der Entente nach Stabili- sierung des deutschen Reichshaushalts zu entsprechen.

### Gegen die Not im Zeitungsgewerbe.

Berlin, 8. März. Der Verein Deutscher Zeit- ungsverleger hat zum Montag, den 13. März, eine außerordentliche Hauptversammlung nach Weimar einbe- rufen, in der die Gesamtheit der deutschen Zeitungsverleger Stellung zu der derzeitigen überaus kritischen wirtschaftlichen Lage der deutschen Presse nehmen und Maßnahmen beraten soll, die geeignet sind, einer Zeitungskatastrophe vorzu- beugen, die unser nationales und wirtschaftliches Leben in seinen Grundlagen erschüttern muß. Der Papierpreis steht gegenwärtig auf dem 40fachen und wird mit größter Wahr- scheinlichkeit zum 1. April auf das 60 bis 70fache des Preisenspreises steigen. Der Verleger kann über den 1. April hinaus nicht kalkulieren, da heute nicht einmal fest- steht, auf welchen Preis sich Druckpapier zum 1. April stellen wird. Verlangt wird einmal die Befreiung der Sonder- beuerung durch die Inkrentsteuer, ferner daß die Eisen- bahntarife wieder so differenziert werden, wie das einst der Fall war, und daß für Zeitungspapier und Zellulose niedrige Spezialtarife wieder eingeführt werden. Mindestens vor- übergehend wird verlangt, daß den Papierfabriken, was durch eine Suspension der Kohlensteuer ohne weiteres zu erreichen ist, das errechenbare Kontingent an Kohlen billiger gestellt wird, das sie zur Herstellung des für Deutschland notwendigen Zeitungsdruktpapiers brauchen, und daß weiter die Posttarife für die Verendung der Zeitungen der Notlage angepaßt werden, die jetzt für die Presse besteht.